



Bürgerliste Wiesbaden

Fraktion Bürgerliste Wiesbaden – Rathaus – 65183 Wiesbaden

Presseerklärung

Platz der Deutschen Einheit

Rathausfraktion

Schloßplatz 6
Rathaus – 3.Stock / Zi. 308
65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 - 31 31 60

Fax: 0611 - 31 69 26

www.BLW-Fraktion.de

E-Mail:

BLW-Fraktion@Wiesbaden.de

Fraktionsvorsitzender:

Dr. Michael von Poser

Geschäftsführer: K.H. Maierl

Wiesbaden, 01.07.2010

Die BLW läßt ihrerseits die Behauptung der vom Magistrat aufgegebenen Fachleute, daß bei Ablehnung des Investors Millionen an Regreßforderung zu zahlen wäre, juristisch überprüfen.

Es muß geklärt werden, mit welcher Begründung die Stadtverordneten die Beauftragung des Investors ablehnen können. Es sollte zumindest möglich sein, das ganze Verfahren als zu teuer zu beenden. Wenn das nicht geht, würde durch ein PPP-Verfahren die Souveränität des Stadtparlaments aufgehoben. Wegen der Entmachtung der Stadtverordneten lehnen wir PPP-Projekte grundsätzlich ab.

In diesem Fall kommt erschwerend dazu, daß es nach unserer Kenntnis keine Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung gibt, am Platz der Deutschen Einheit ein PPP-Verfahren durchzuführen. Im August 2008 wurde beschlossen den preisgekrönten Entwurf aus dem Realisierungswettbewerb auszuführen. Von PPP ist nicht die Rede. Im Oktober 2008 erklärt der Magistrat in einer Pressemitteilung, daß die Expo Real in München für Wiesbaden gerade wegen des PPP-Projekts Platz der Deutschen Einheit ein Erfolg geworden sei. Hat man sich bei den „zahlreichen Gesprächen“ dort in München auch mit der Firma Bögl unterhalten? Im Januar 2009 teilt der Magistrat der Öffentlichkeit mit, daß ein „Wettbewerblicher Dialog“ als Auswahlverfahren eingeleitet sei. Verantwortlich für das Verfahren ist die SEG. Wir gehen davon aus, daß der Oberbürgermeister und Herr Guntrum entschieden haben, das PPP-Verfahren „Wettbewerblicher Dialog“ anzuwenden. Jetzt erklären die beiden Herren den Stadtverordneten, am Ergebnis des Verfahrens könne auch das Parlament nichts mehr ändern. Ob das Parlament über das Investorenauswahlverfahren nicht hätte selbst entscheiden müssen ist auch ein Punkt der juristischen Überprüfung.

Die SEG, ein gewinnorientierter Betrieb, übernimmt immer mehr die Aufgaben der Stadtplanung, siehe Künstlerviertel. Auskünfte zum Geschäftsbetrieb werden verweigert, weil er eben privatwirtschaftlich organisiert ist. Abgeordnete, die da mitreden wollen, sind nur ein Störfaktor. Die SEG entscheidet und die Stadtverordnetenversammlung hat hinzunehmen und nimmt leider mehrheitlich meist hin. Wie ein „Wettbewerblicher Dialog“ bürgernah und unter ständiger Beteiligung des Parlaments organisiert wird, kann man gerade jetzt beim Stadtumbau in Hanau studieren.

Die Parteienmehrheit hat sich an das Ergebnis eines Wettbewerbs gebunden, bei dem ein unmöglicher Kasten herausgekommen ist. Dem siegreichen Büro wird auch die Gestaltung der drei Plätze, Faulbrunnenplatz, Quartiersplatz und Stadtplatz überlassen. Wie die Planung für den Faulbrunnenplatz zeigt, kann da nur minimalistische Nichtigkeit herauskommen. Auf dem Areal des Bebauungsplanes Platz der Deutschen Einheit stehen gegenwärtig etwa 50 Bäume, davon werden jede Menge gefällt werden. Und daß das planende Büro Bäume nicht liebt, hat es schon am Faulbrunnenplatz gezeigt. Wir halten die ganze Planung, mit oder ohne Investor, für eine Katastrophe und wünschen anders als die Koalition und die SPD, daß sie baldmöglichst abgebrochen und daß neu geplant wird.

Michael von Poser